

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXX.

Leipzig, Mittwoch den 17. August 1892.

Nr. 96.

Leipziger Diktatur.

Als die Leipziger Gewaltthaber sich beeilten, den „neuen Tarif“ unter Dach und Fach zu bringen, wobei sie, wie männiglich bekannt, in Breslau einige Schwierigkeiten zu meistern hatten, weil scharfblickende „Provinzler“ ihre Absicht, noch mehr als bisher das Fett von der Suppe des deutschen Buchdruckgewerbes zu schöpfen, merkten, da mußten sie sehr gut, was ihrer Qual und Mühen Preis sein würde. Nur tapfer, auf daß mein Haus voll werde, dachten diese echten Leipziger Geschäftsleute, ließen die Opponenten aufbegehren soviel sie wollten, beschwichtigten sie dann spielend mit einer Resolution, die weder gehauen noch gestochen war, und schlichen feinstill mit der Hauptausbeute ihrer Staatskunst, dem Mandate zur unumschränkten Diktatur in Tariffragen, nach ihren Buchindustrieburgen an den Ufern der Pleiße — das uns botmäßige kleine Volk des Gewerbes, so Meister wie Gesellen, mag nun sehen, was wir ihm anzubefehlen für gut halten werden: wir sind die Herren der Konkurrenz!

Wer das Kreuz hat, der segnet sich. Der deutsche Prinzipalverein besitzt einen Tarifausschuß und den Tarifausschuß besitzt Leipzig. Da dieses bisher im Verborgenen blühende hohe Tribunal durch seine Großthat des Verpufschens eines in zwanzig Jahren nach jeweiliger reislicher Aussprache der kontrahierenden Teile ausgebauten Tarifs viel, allerdings nichts schmeichelhaftes, von sich reden gemacht hat, so wollen wir daselbe einen Augenblick aus seinem geheimnisvollen Dunkel an das helle Sonnenlicht ziehen. — Der Tarifausschuß des D. B. V. wird gebildet aus Vertretern der neun Kreise dieses Vereins und zur Zeit sitzt in ihm je ein Prinzipal aus Hamburg, Frankfurt a. M., Stuttgart, Würzburg, Jena, Leipzig, Berlin und Bromberg. Vorisigender ist der frühere sozialdemokratische Reichstagskandidat für Leipzig-Land Herr Hermann Kam m. Natürlich finden die Sitzungen stets in Leipzig statt und die dort thronenden Hoheiten des D. B. V. nehmen da die auswärtigen Herren Kollegen in ihre liebevolle Obhut und entfernen sich selbst bei deren Sitzungen nicht. Der Vorstand des D. B. V. ist in einem Stabe von vier Personen in Leipzig ansässig und kann von den Sitzungen des Ausschusses anstandslos überhaupt nicht ausgeschlossen werden, kündigte aber ja einmal die Mehrheit der auswärtigen Kreisvertreter den Herren in Leipzig die Freundschaft, so haben diese für den Fall bereits im Statut in der Weise Hilfe geschaffen, daß jedem Kreise gestattet ist, auf eigne Kosten seinem Vertreter im Ausschusse drei weitere Abgeordnete mit beratender Stimme beizugeben. Daß von diesem Rechte die am Sitzungsorte Leipzig vorhandene, stark lokal organisierte Mitgliedschaft ohnehin stets Gebrauch

macht, liegt auf der Hand und es müßte mit unrechten Dingen zugehen, wenn vier Leipziger Delegierte und vier Leipziger Vorstandsmitglieder nicht vermöchten, die fremden Herren aus Würzburg, Jena, Bromberg usw., insgesamt sieben, zu überzeugen.

Wer das Kreuz hat, der segnet sich. Der eben beschriebene Ausschuß hat also den „neuen Tarif“ fabriziert und ohne Lupe kann man an diesem erkennen, daß es den Leipzigern gelungen ist, die auswärtigen Delegierten dabei zu „überzeugen“. Wie sie dann die Breslauer Generalversammlung, die zweite und letzte Instanz überwand, wurde schon oben angedeutet. Die Leipziger Diktatur ist demgemäß vollständig geworden, die Provinzprinzipale haben zu gehorchen, damit Leipzig das Geschäft allein machen kann.

Es ist originell, anhören zu müssen, daß der Tarifausschuß den vereinbarten Tarif geändert hat, um den Provinzprinzipalen in ihren berechtigten Wünschen entgegenzukommen. Wir haben bereits neulich gezeigt, wie gerade, um das weitere Aufstreben der Leipziger Druckhäuser zu fördern, am Tarife geschunden worden ist, haben gezeigt, daß bei dieser Gelegenheit Leipzig und einige andere Hauptdruckstädte soviel für sich beiseite gebracht haben, daß die Provinz unter dem „neuen Tarife“ weniger als früher mit ihnen würde konkurrieren können. Das vom 1. Oktober ab gültig sein sollende Tarifmißgebilde ist für die große Masse der deutschen Prinzipale gerade so gemeinschädlich wie für die Gehilfen und sie sollten mit letzteren gegen den Leipziger Staatsstreich frondieren.

Haben wir dies aus dem ersten „Vom Saße“ handelnden Teile des umgemodelten Tarifs schon nachgewiesen, so ist aus den hervorragenden Bestimmungen im zweiten Teile die Leipziger Diktatur geradezu nackt und ungeschminkt zu ersehen. Wie kann die deutsche Prinzipalität z. B. dem rein Leipziger Gepräge tragenden Ausschusse das Recht einräumen, das Minimum für kleinere Druckorte herabzusetzen? Welcher Schaden kann mit dieser Machtvollkommenheit angestiftet werden! Wehe den Prinzipalen größerer Orte, die nicht nach der Leipziger Pfeife tanzen oder den Druckmonopolisten ein Dorn im Auge sind, da man ihnen aufs schlimmste die Daumschrauben ansetzen kann! Leipzig privilegiert einfach einige in der Nähe befindliche kleinere Druckorte — die vielleicht erst durch Leipziger Gießereien zu Druckorten eingerichtet werden — mit Schusterlöhnen und siehe, diese setzen in Kürze die Werkdruckhäuser der verpönten Stadt mit Glanz auf den Sand! Und warum sollen die Druck- und Gießereindustriellen in einer Person nicht auf eigne Rechnung dergleichen versuchen, um ihre Gießereierzeugnisse an den Mann zu bringen? Bei unsrer spekulativen Großindustrie ist alles schon dageschrieben.

Aber noch mehr müßte den deutschen Prinzipalen folgender die Lokalzuschläge betreffender Paragraph des „neuen Tarifs“ die Augen öffnen:

„Städte mit und unter 20000 Einwohnern können jedoch nur dann mit Lokalzuschlägen belegt werden, wenn außergewöhnliche Verhältnisse in bezug auf Wohnungs- und Lebensmittelpreise dies bedingen, oder wenn die vorhandenen Druckerien in der Hauptsache für auswärtige Kundschaft arbeiten und in einer derselben mindestens vier Schnellpressen im Betriebe sind.“

Wem es angesichts dieser Bestimmung nicht wie Schuppen von den Augen fällt über die Leipziger Unerfättlichkeit, dem ist nicht zu helfen. Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen wird hier der freie Gewerbebetrieb zu fesseln gesucht zur Sicherung des Leipziger Raubsystems in der Konkurrenz. Gleichviel wie wenig Einwohner ein Ort zählt und wie billig die Lebensverhältnisse daselbst beschaffen sind: jeder Prinzipal, der sich in solchem Orte niedergelassen hat und für auswärtige Kundschaft — die ja den Herren Leipzigern entzogen werden könnte — mit vier gefräßigen Schnellpressen arbeitet, bekommt einen Lokalzuschlag aufgebrummt, daß ihm der Atem vergeht. Der Mann mag seine Bude dort einpacken, wie kann er sich auch unterstehen, die Buchdruckfabriken Leipzigs molestieren zu wollen, die das Privilegium führen, möglichst alle deutschen Werke zu drucken! Wahrlich, so unterhüllt wie hier ist der traffe Egoismus, die Hecht-natur im Großindustriebetriebe selten hervorgetreten.

Nun haben ja allerdings die Prinzipale und Gehilfen jedes Ortes über den Lokalzuschlag selbst zu befinden und es scheint demnach, als wäre der Diktatur des Leipziger Tarifausschusses vorgebeugt. Mit nichten! Denn der Ausschuß hat die Abmachungen gütigt zu genehmigen und entstehende Differenzen zu entscheiden. Diese es nicht darauf hinaus, Leipzig in den Stand zu setzen, daß es die Konkurrenz mittels der Lokalzuschläge für sich unschädlich machen kann, so wäre es unbegreiflich, wie sich der dortige Tarifausschuß in die örtlichen Abmachungen von Prinzipalen und Gehilfen mischen dürfte. Daß die Lokalzuschläge örtlich vereinbart werden sollen, haben die Nichtleipziger Prinzipale den Leipzigern nämlich offenbar abgerungen, diese wollten doch hierin allein verfügen, mußten indes schließlich mit der Approbationsbefugnis fürlieb nehmen und werden diese ja auch trefflich zu benutzen verstehen.

Sollen mit den Lokalzuschlägen vor allem die größeren Offizinen in den kleinen Städten getroffen werden, so mit einem Nachsaße zur Lehrlingskala die kleinen. Er lautet:

„Das Berechnen seitens der Lehrlinge ist unstatthaft, ebenso das Anlernen von sogenannten Schweizerdegen“, sie müßten denn fünf Jahre lernen. Indem hiermit den kleineren Prinzipalen allmählich die

Schweizerdegen entzogen werden sollen, will man auch sie in der Konkurrenz lahm legen oder doch mindestens ihnen die Existenz erschweren.

Unbegreiflich muß man es finden, wie sich die deutsche Prinzipalität in dieser Weise barieren lassen kann. Anstatt mit der Gehilfenschaft einen Bund gegen Leipzig zu schmieden, läßt sie sich mit einigen auf Kosten der Gehilfen ihr zugewendeten Scheinkonzessionen noch fester unterdrücken und merkt nicht, daß man ihr Sand in die Augen streut.

Das nennt sich dann die berechtigten Wünsche der Provinzprinzipale erfüllen. Und da reißt der Herr Mäser im Lande herum und lehrt den kleinen Prinzipalen, sich als solcher gerierend, was erlaubte, unerlaubte und allgemein schädliche Konkurrenz ist! Es kommt bei seinen Agitationsreisen jedoch öfter vor, daß die Provinzprinzipale den Sittenprediger unangenehm abfallen lassen, indem sie ihm erklären, er solle gefälligst vor der Leipziger Thüre stehen, wo in Punkto Konkurrenz sich der Schmutz haufenweise angeammelt hat. Aber erlaubte Konkurrenz ist freilich die, welche die Leipziger treiben, unerlaubte die, welche die „Provinzler“ machen, denn die haben überhaupt nichts zu konkurrieren! Und daß sie diesem Verbote fürder nicht zuwider handeln, dafür wird nun in seiner Macht und Herrlichkeit, bekleidet mit der Diktatur, der Tarifausschuß des D. B. B. sorgen, mit dem die deutschen Prinzipale so unbegreiflich leichtsinnig den Bock zum Gärtner setzten.

Der Unterstützungsverein und die allgemeine Arbeiterbewegung.*

Der Bericht über die am 8. Juli in Leipzig abgehaltene Vereinsversammlung hat dem wohlbekanntesten -n.-Mitarbeiter in Nr. 85 des Corr. Anlaß zu einer Betrachtung des Verhältnisses des Unterstützungsvereins zur allgemeinen Arbeiterbewegung gegeben. Der anonyme Artikelschreiber stellt dabei dem Vereinsvorstande das Zeugnis aus, in der in betracht kommenden Richtung seine volle Schuldigkeit gethan zu haben und sagt wörtlich: „Mehr als geschehen durfte er (der Vorstand) nicht thun, wollte er nicht ein Gebiet betreten, das seiner Thätigkeit als Vertretung einer Gewerkschaftsorganisation fernliegen muß. . . Der Halberstädter Gewerkschaftskongreß machte es jeder Organisation zur Pflicht, innerhalb des Gewerkschafts Politikk streng fern zu halten, und wenn der Vorstand nach diesem Grundsatz handelt, so dient er der allgemeinen Arbeiterfrage.“ Obwohl nun der Herr -n. selbst anerkennt, daß über den — angeblich bereits herbeigeführten — Anschluß der Buchdrucker an die allgemeine Arbeiterbewegung „in unseren Reihen in der That Meinungsverschiedenheiten herrschen“, erklärt er schlankeweg, derjenige, der seine Auffassung nicht teilt, „meint es entweder mit den Arbeitern nicht ehrlich oder verkennt die Aufgaben des Gewerkschafts“. Punktum!

Da in den 14 Tagen seit Erscheinen des Artikels es der Vereinsvorstand unterlassen hat, in der überaus wichtigen Prinzipienfrage offiziell seine Stellung zu präzisieren, so darf wohl angenommen werden, daß Herr -n. mit seiner Darlegung die Auffassung des Vereinsvorstandes im ganzen richtig gezeichnet hat. Aber schon diese Erwägung allein macht es den Vertretern der gegenteiligen Meinung zur Pflicht, in die Diskussion der wie gesagt äußerst wichtigen Materie einzutreten, um so mehr als wohl Herr -n. selbst nicht für die dem Thema seinerzeit gewidmete Behandlung in fünfzig Zeilen das Epitheton „erschöpfend“ wird in Anspruch nehmen wollen. Nur noch eine kurze Vorbemerkung: In den letzten oben citierten Worten des Herrn -n. gibt sich eine nichts weniger als schöne Unterdrückungsstucht gegenüber etwaigen von den seinigen abweichenden Ansichten kund, die bei solchen Diskussionen besser ausgeschlossen bliebe. In der Behandlung einer Frage wie der vorliegenden sollte man stets auch beim Gegner die Absicht ohne weiteres voraussetzen, daß er das beste will. Ich wenigstens kann erklären und zur Ehre des Herrn -n. sei es gesagt, daß es mir gar nicht in den Sinn kommen kann, den eignen häßlich tendenziösen Grundsatz des Herrn -n. auf diesen selbst anzuwenden.

Doch nun zur Sache!

* Der Abdruck dieses Artikels ist durch die Verhältnisse um einige Zeit verzögert worden. In seiner Stellung zu dem diskutierten Thema werden wir später einmal präzisieren.

Der Anschluß der Buchdrucker an die moderne Arbeiterbewegung soll nach Herrn -n. bereits vollzogen sein, die Beteiligung an dem Gewerkschaftskongreß usw. beweise das. Ueber diesen ja von keiner Seite in Abrede gestellten „Anschluß“ hinaus aber dürfe es nichts mehr geben, denn „der Gewerkschaftsverband der Kraft jedes einzelnen, diese können wir jedoch nur erlangen, wenn Duldsamkeit geübt und jedem überlassen wird, auf seinen Glauben selig zu werden“ und im übrigen habe der Gewerkschaftskongreß die „Politik“ aus den Gewerkschaften verbannt. — So viel Sätze, so viel Irrtümer. Der Anschluß an die allgemeine Arbeiterbewegung ist — so behaupte ich — ein rein formaler, ein äußerer geblieben. Geboten durch die äußeren Verhältnisse fehlt ihm die innere Ueberzeugung. Wer den äußeren Umschwung in dem Verhalten der Vereinsleitung zu der allgemeinen Arbeiterbewegung feststellen will, braucht nur die vorjährige Generalversammlungsverhandlung über den Gewerkschaftskongreß mit der stattgehabten faktisch „verbindlichen“ Beteiligung an demselben zu vergleichen. Dieser äußeren Umschwung bewirkte der Streit, dessen einziges positives Resultat für uns: seine Lehren, übrigens auch nach anderer Richtung hin die gebührende Beachtung finden sollten, wollen anders wir die gebrauchten Opfer nicht umsonst gebracht haben und sollen wir nicht neue Niederlagen erleiden.

Denn in Wirklichkeit bewegt sich unser inneres Vereinsleben genau im alten Fahrwasser. Die Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben ist, wenigstens in den leitenden Kreisen, dieselbe geblieben.

Eine kleine Reflexion wird hier am Platze sein. Daß vor Beginn des Streits nicht nur die wirtschaftliche Lage und die Machtfülle des Unternehmertums, sondern auch unser eignes Stärkerverhältnis gehilfsseitig verkannt wurde, wird heute von niemand mehr bestritten werden können. Ja diese Verneinung war so groß, daß sich die Gehilfenleitung in dem Glauben bewegte, daß die allgemeine Kündigung an sich schon genügenden Eindruck hervorrufen und die Unternehmerschaft zum Nachgeben bestimmen werde. Die Berechnung war falsch. Freilich wird der Vorstand sagen, nicht die Rechnung als solche war falsch, sondern der wesentlichste Rechenfaktor, die allgemeine Kündigung war nicht vorhanden.

Ist nun die Berechtigung eines solchen Einwurfs ohne Einschränkung zuzugeben, so muß doch um so mehr nach den Gründen dieser für uns nichts weniger als schmeidelhaften Thatsache geforscht werden. Es sieht fest, daß noch zu keiner Zeit von einer in die Bewegung tretenden organisierten Arbeiterkraft im Augenblicke der Einleitung der Aktion ein verhältnismäßig so großer Teil der eignen Mitglieder gegen seine Interessen Stellung nahm, wie sich das bei unserm letzten Streit gezeigt hat.

Diese Erscheinung war keine zufällige, sondern eine aus dem Wesen unserer Organisation sich notwendig ergebende logische Folge. Zwei Ursachen hauptsächlich waren hierfür bestimmend. Einmal das in der ersten Hälfte des vorigen Jahrzehnts fast ausschließlich kultivierte Versicherungswesen im U. B., dann aber namentlich auch das fehlende Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung, die Erkenntnis der im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise liegenden Scheidung in zwei Klassen, mit einem Worte: das mangelnde Klassenbewußtsein.

Unstreitbar steht fest, daß beide eben angegebenen Ursachen uns einen gewaltigen feindlichen Nachfaktor in den eignen Reihen haben erstehen lassen. So freudig ich nun die in Stuttgart in die Wege geleitete Umgestaltung unserer Klassenverhältnisse als eine gute anerkenne, so wenig vermag die leider in unserer Organisation fast noch allgemein herrschende Anschauung über die Aufgaben der Gewerkschaften meinen Beifall zu finden.

Geradezu klassisch ist der oben citierte Auspruch des Herrn -n. über die zu übende „Duldsamkeit“. Zur Rechtfertigung derselben verweist er auf einen Beschluß des Gewerkschaftskongresses, nach welchem Politik aus den Gewerkschaften fernzuhalten sei. Sehr wohl! Wer aber ist denn von den Buchdruckern für das Gegenteil eingetreten? In der schon angezogenen Leipziger Vereinsversammlung und bei früheren Gelegenheiten — siehe u. a. das Protokoll der Berliner Generalversammlung — ist gerade von mir der Grundsatz aufs schärfste vertreten worden, daß politische Parteibestrebungen aus Rücksicht auf die Vereinsgesetzgebungen in den Gewerkschaften nichts zu thun haben. Deshalb brauchen wir nun aber nicht nur das eine in den Gewerkschaften zu thun, um außerhalb derselben das andre zu lassen.

Herr -n. treibt aber auch ein Spiel mit Worten und verkennt zweierlei. Zunächst war der Gewerkschaftskongreß eine Vertretung sozialdemokratischer Gewerkschaften oder sollte das doch wenigstens sein, d. h. eine Vertretung von Gewerkschaften, in denen die Erkenntnis unserer Klassenlage und der Geist der modernen Arbeiterbewegung sich Geltung verschafft haben. Weiter aber erblickt Herr -n. in der Aufklärungsarbeit über die im Wirtschaftsleben herrschenden Interessengegensätze fälschlicherweise eine poli-

tische Thätigkeit. Politisch ist nach einer Definition des Reichsgerichts die Bestrebung, die auf dem Wege der Gesetzgebung verwirklicht werden soll. Die Aufklärung aber über die fortwirkenden wirtschaftlichen Wechselwirkungen, über den bestehenden Gegensatz unserer Interessen zu denen des Unternehmertums ist eine wesentliche Aufgabe gewerkschaftlicher Natur.

Hierin liegt der springende Punkt. Der Harmonieglaube, die Hirsch-Dunderei muß aus unseren Reihen vertrieben werden und das klare Klassenbewußtsein muß an deren Stelle treten. Ist das erreicht, erst dann wird sich unsere Organisation zu einer zielbewußten herausbilden. Die notorischen Feinde sind uns in den eignen Reihen viel gefährlicher als außerhalb derselben. Als Mitglieder sind die faulen Elemente jederzeit in der Lage, uns in den Arm zu fallen, sie verhindern die richtige Wertmessung der in der Organisation liegenden Kraftfaktoren und erschweren jeden „zielbewußten“ Fortschritt. Das sollten doch die allerneuesten Ereignisse zur Genüge gelehrt haben.

Wenn Herr -n. sich für seine Auffassung auf die letzte Publikation der Generalkommission beruft, so ist er dabei recht unglücklich. In derselben (I. Corr. Nr. 84) heißt es: „Wir betrachten die Gewerkschaftsorganisationen als den geeignetsten Faktor, die Arbeitermassen fortgesetzt in der Bewegung zu erhalten und sie zu opferfreudigen, ausharrenden Kämpfern zu erziehen.“ — Und kurz vorher: „Es wird nach dem, was wir bisher über die Gewerkschaftsorganisationen gesagt haben, uns von keiner Seite unterworfen werden können, daß wir nur durch die Gewerkschaftsorganisationen die Anerkennung der Rechte der Arbeiter erlangen wollen oder die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen gedenken.“

Ich meine, das wäre deutlich. — Es scheint überhaupt Herrn -n. zu gefallen, aus irgendwelchen Kundgebungen das ihm geeignet erscheinende zusammenhanglos zu benutzen und als Beweis für die Richtigkeit seiner Ansichten aufmarschieren zu lassen. Die Interpretation ist Hauptsache, wie obiges Beispiel beweist. Weshalb beachtet denn Herr -n. von den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses nur das, was ihm gerade in den Kram paßt und erhebt seine Stimme nicht dagegen, daß andere Beschlüsse, wie z. B. betr. der Arbeiterinnen, der regelmäßigen Geldabführung an die Generalkommission usw., ignoriert bleiben?

Mit dem rein formalen Anschluß an die allgemeine Arbeiterbewegung ist eben nichts gethan; vor allem kommt es auf den Geist an, von dem unsere Organisation getragen ist; die Aufnahme der Ideen der modernen Klassenbewegung allein wird erst dem Anschluß an die übrigen Arbeiter den richtigen Wert verleihen. An die Stelle der Verschwommenheit die Klarheit, an Stelle der „Duldsamkeit“ das Klassenbewußtsein.

Die Höhe der Entlohnung der Arbeiter hängt von der Fähigkeit des Unternehmertums ab, das Lohnniveau herabzubrüden. Humanitäre Rücksichten bei den Unternehmern existieren nicht, sie sind Lüge. Das hat doch der Streit mit allen von jener Seite geübten struppelosen Vergewaltigungen genugsam bewiesen. Die loyale Redensart von „Leben und leben lassen“ ist im Munde von Arbeitern gegenüber der Unternehmerklasse ein logischer Unsinn. Die wirtschaftliche Macht ist in der bestehenden Produktionsweise allein bestimmt.

Diese Gedanken waren es, die beim Ende des Streits hier und dort ausgesprochen wurden. Nicht einen formellen Anschluß unserer Gewerkschaftsorganisation an die politische Partei enthielten die bekannten Resolutionen, sondern die Anerkennung der Richtigkeit der sozialistischen Idee. Ich will heute nicht untersuchen, wessen Verdienst es ist, daß unsere Organisation weitere Fortschritte auf diesem Wege nicht gemacht hat.

Den sozialistisch denkenden Kollegen wird es vorbehalten bleiben, in dieser Beziehung weiterem Fortschritte den Weg zu ebnen.

Leipzig. Otto Pollender.

Korrespondenzen.

Rh. Bremen. Eine am 7. August abgehaltene Allgemeine Versammlung der Buchdrucker Bremens beschäftigte sich mit dem gegenwärtig in den Vordergrund des Interesses getretenen Tagesordnungspunkte: Stellungnahme zu dem vom Leipziger Tarifausschuß des Deutschen Buchdruckervereins ausgearbeiteten sog. Allgemeinen deutschen Buchdruckertarife. Herr Gauvortischer Rosenlehner wies in einem längern Referate, um der vielfach unter den Kollegen irrtümlich verbreiteten Ansicht entgegenzutreten, als bestände zur Zeit kein Tarif, nochmals auf die am 16. Januar nach beendetem Ausstände zwischen Prinzipals- und Gehilfenleitung getroffene Vereinbarung hin, welche laute: „Der Tarif vom 1. Januar 1890 gilt weiter und wird so lange als gültig angesehen, bis eine andere Vereinbarung zwischen Prinzipalität und Ge-

hilfschaft getroffen ist.“ Eine spätere Vereinbarung zwischen den Prinzipalen und Gehilfen sei aber nicht erfolgt und daher könne auch jetzt nicht von einem neuen Tarife, sondern nur von einem Tarif-Entwurf die Rede sein, dem gegenüber die Gehilfschaft die Pflicht habe, ganz energisch zu protestieren. Redner beleuchtete dann eingehend die Wahl-Machinationen des Herrn Klinkhardt zur Tarifkommission, insolge deren sich derselbe auf der Breslauer Generalversammlung des D. B. V. fast ein Mißtrauensvotum zugezogen habe. Trotzdem habe sich der Herr nicht abhalten lassen, immer wieder Versuche zu machen, einen Keil der Unzufriedenheit ins Gewerbe zu treiben. Auch der vorliegende Prinzipalstarif sei bekanntlich als Klinkhardtsches Fabrikat anzusehen. Der Vortragende führte, auf denselben näher eingehend, noch einmal die sämtlichen Reduktionspunkte vor Augen. Er teilte dieselben ihrem Werte nach in zwei Teile und wies an der Hand von Beispielen nach, daß zunächst die für das Berechnen maßgebenden Paragraphe unbedingt nur zum Vorteile Leipzigs, Berlins und Stuttgarts gemacht seien, denen gegenüber die Provinz immer konfurrenzunfähig werden müsse. Wenn man nun meine, in die Bremer Prinzipalität das Vertrauen setzen zu können, daß sie die Aenderungen des Tarifs, welche allgemeiner Natur seien (Lehrlingskassa, Lokalzuschlag usw.) nicht einführen werde, so sei demgegenüber zu bedenken, daß auch die hiesigen Prinzipale auf die Dauer der Aufforderung zur Einführung des neuen Tarifs nicht werden entgegenzutreten können. Auch der Reduzierung des Lokalzuschlags würden die hiesigen Prinzipale sich nicht entziehen, sobald die Nachbarstädte mit derartigen Anträgen vorgingen, was wahrscheinlich eintreten werde. Die ganze Situation zeige, daß die einzige Sicherheit gegen diese neue Machination und ihre eventuelle Folge, die Reduktionskette ohne Ende, eine starke Organisation sei und deshalb sei es sein Wunsch, daß heute ein Protest gegen dies neue Ansehen beschlossen werde und daß ferner sich jeder der Anwesenden verpflichte, seine ganze Kraft einzusetzen für den weitem Ausbau, die Vergrößerung und Erstarkung unserer Organisation, des Deutschen Buchdrucker-Verbandes. — Lebhafter Beifall folgte den Worten des Referenten. Es wurde nach längerer Diskussion, in welcher besonders auch hervorgehoben wurde, daß es wünschenswert sei, in absehbarer Zeit wieder eine Tarifgemeinschaft und zwar von Organisation zu Organisation über das Wohl des Gewerbes entscheiden zu lassen, folgende mittlerweile eingegangene Resolution verlesen und hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige Allgemeine Versammlung der Buchdrucker Bremens steht in der gegenwärtigen Lage durchaus keinen Anlaß zu einer Reduzierung des zu Recht bestehenden 1890er Tarifs. Sie beruft sich im übrigen auf die bei Beendigung des Ausstandes am 16. Januar zwischen der Prinzipals- und der Gehilfsenschaft getroffene Vereinbarung und protestiert daher ganz entschieden gegen die Aufstufung eines von der Leipziger Führerschaft der Prinzipale beliebten, einseitig ausgearbeiteten Tarifs. Sie erwartet von den hiesigen Prinzipalen, daß dieselben einem solchen Vorgehen sich nicht anschließen, sondern vielmehr dahin bestrebt sein werden, daß es recht bald ermöglicht werde, wieder eine Tarifgemeinschaft zwischen Prinzipalen und Gehilfen und zwar von Organisation zu Organisation herzustellen.“

Sch. Elberfeld. Am 7. August erstattete Herr Schored den Kollegen von Barmen-Elberfeld in öffentlicher Versammlung Bericht über die letzten Generalversammlungen des Unterstützungsvereins. Es entspann sich nach dem einstündigen Vortrag eine sehr lebhafte Debatte, zumal doch auch aus unsrer Mitgliedschaft eine Reihe von Anträgen zu den Generalversammlungen hervorgegangen waren. Mit der Auflösung der Zentral-Krankentasse waren die Kollegen selbstverständlich einverstanden, jedoch sprachen verschiedene Redner Bedenken über die in Aussicht genommene Unterstützung auf Kranke und Invaliden durch die Gewervereinskasse aus, da die meisten Kollegen schon jetzt noch genug versichert seien und später als Ortskrankenkassenmitglieder einen Zuschuß aus der Gewervereinskasse wohl entbehren könnten. Die Beiträge zum Verbandsverbande würden dadurch immerhin noch zu hoch bleiben, um alle uns noch fern stehenden Kollegen zum Vereine heranziehen zu können. Die Mitteilung des Referenten, daß unser Antrag betreffs Neutralisierung der Invalidentasse allgemeines Kopfschütteln bei den Delegierten hervorgerufen habe, gab zu allgemeiner Heiterkeit Anlaß. Wurzelten doch die Motive dieses Antrages einestheils in der Voraussetzung, daß die Auflösung dieser Kasse auf große Schwierigkeiten stoßen würde, da sich namentlich die älteren Kollegen nur mit schwerem Herzen zu diesem Schritt entschließen würden, andernteils nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Vermögens dem Gewerkeverein einzuwerfen übrig bleiben würde, falls „höhere“ Mächte ihre Hand im Spiele hätten. Des weitern gab die auch von uns beantragte Streichung der vom Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen handelnden Stelle sowie die Frage der Heranziehung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Anlaß zu lebhafter

Debatte. Namentlich trat Kollege Jbaneg bei dieser Gelegenheit entschieden dem immer wieder hervorgehobenen einseitigen Prinzip der Selbsthilfe durch die Gewervereine entgegen und verwies auf England, wo die Arbeiter gewerkschaftlich am besten organisiert seien und doch die hervorragendsten Gewerkschaftsführer erst kürzlich zugestehen mußten, daß sie trotz den ihnen zu Gebote stehenden Millionen nicht im Stande seien, dem übermächtigen Kapitalismus die Spitze zu bieten. Die Gewervereine seien nur auf dem Fundamente der politischen Arbeiterbewegung lebensfähig und im wirtschaftlichen Kampfe brauchbar. Das ängstliche Fernhalten der Buchdrucker speziell von der politischen Arbeiterbewegung führe notwendigerweise zur Versumpfung und nur das Klassenbewußtsein könne tüchtige Gewervereinsmitglieder schaffen. Die Kollegen Müller und Jbaneg sowie andere Redner bedauerten, daß die Generalversammlung es ablehnte, die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in unsre Organisation mit aufzunehmen, da diese, auf sich selbst verlassen, nie dazu kommen würden, sich richtig zu organisieren; letzterer findet es unbegründet, daß es noch immer Kollegen gibt, die in ihrem Berufsstande die Hilfsarbeiter als tief unter sich stehend betrachten. — Herr Schored trat entschieden für die Beschlüsse der Generalversammlung ein, er betonte, daß sich die letztangefochtenen Punkte mit den Beschlüssen des Halberstädter Kongresses deckten und bestämpfte die Anschauungen des Kollegen Jbaneg aufs feinstigste. Er verwies dabei auf den Vergarbeiterverband, welcher unter ausgesprochen sozialistischen Führern sozusagen auf den Hund gekommen sei. (?) Die Versammlung nahm, nachdem noch die Diätenfrage einer Kritik unterzogen worden war und einige Redner ihr Bedauern darüber ausgesprochen hatten, daß die Kasse noch bei jeder Generalversammlung indirekt durch profiteurische Hotelbesitzer erleichtert wurde, mit Zweidrittel-Mehrheit folgende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung des U. B. D. V. voll und ganz einverstanden, verurteilt den Protest von Coffer und Genossen sowie der Stuttgarter „Kassenmitglieder“ und verspricht im Sinne der Generalversammlung zu wirken und die Beschlüsse hochzuhalten.“

* Karlsruhe. Am 31. Juli wurde hier die Generalversammlung des Bezirksvereins Karlsruhe abgehalten. Die Mitgliedschaften Baden-Baden und Ettlingen waren durch eine Anzahl Kollegen vertreten. Der Vorsitzende erstattete Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und küßte daran einen Rückblick über die Bewegung im allgemeinen und die Vorgänge im Gau und Bezirke speziell. — Bei Rechnungslegung des Kassierers wurde dessen Thätigkeit nach der Dechargeerteilung mit besonderem Danke belohnt. — Kollege Kirsten erstattete nach Erledigung der Vorstandswahlen (i. Corr. Nr. 92) Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung. Da derselbe schon in einer früheren Ortsversammlung über letztere eingehend berichtet und die Aenderungen der Statuten besprochen hatte, erklärte er, nur die wichtigsten und grundsätzlichen Beschlüsse in seinem Vortrage berühren zu wollen, um dadurch etwa vorhandenen irigen Auffassungen entgegenzutreten. In leichtverständlicher Weise entledigte er sich in einstündigem Vortrage dieser Aufgabe. Besonders betonte er, daß kein Grund vorliege, wegen der Beschlüsse der Generalversammlung sowie der zukünftigen Gestaltung unsrer Organisation irgend welche Bedenken zu hegen, vielmehr sei volles Vertrauen zu unsrer Zentraleitung gerechtfertigt. Nachdem er die Stellungnahme der Freiburger, den Antrag Coffer sowie das Vorgehen der beunruhigten Stuttgarter und deren Hintermänner genügend beleuchtet hatte, gab der Redner dem Wunsch Ausdruck, daß die Kollegen im Bezirk in Zukunft alle derartigen Anzuspinnungen entschieden zurückweisen möchten. Nach der hierauf folgenden Diskussion, in welcher an der Freiburger Handlungsweise eine herbe Kritik geübt wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Bezirksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung, sowie mit der Geschäftsführung des Zentralvorstandes voll und ganz einverstanden und erklärt, demselben auch für die Folge volles Vertrauen entgegen zu bringen. Ferner spricht die Versammlung ihr Bedauern über das Vorgehen der Freiburger Kollegen aus, welche unseren Gegnern dadurch eine Handhabe bieten, an der rücksichtsigen Minierarbeit weiter zu schaffen und verurteilt aufs schärfste die Machinationen von Klinkhardt und Genossen.“ — Das am 26. Juni im Beisein auswärtiger Kollegen abgehaltene Johannissest verlief in schöner Weise. Zwei hiesige Vereine, außer dem Gesangsverein Gutenberg, hielten das Gartenfest zu einem prächtigen gestalten. Der Garten war bis auf den letzten Platz besetzt und dadurch wurde ein hübscher Ueberfluß erzielt. Ein Tänzchen hielt die Kollegen bis Mitternacht beisammen.

Mainz. In einer der letzten Nummern der Zeitschrift befand sich unter den „Gehilfenstimmen“ ein Bericht aus Mainz, der sich zunächst mit der Gründung der sogenannten Jung-Typographia, dem Vereine von Nichtverbändlern befaßte und sodann den

Verlauf des vom obengenannten Verein arrangierten Johannissestes, insbesondere die Einigkeit der 4 oder 5 vertretenen Prinzipale und etlicher anwesender Faktoren mit den Mitgliedern der Jung-Typographia schilderte. Wenn der Vorsitzende dieses Vereins an diese so gepriesene Einigkeit denkt, muß ihm doch der Gedanke an seinen verstorbenen Vorgesetzten und Schoppenfreund Eduard Heil aufstoßen, der auch um die Gunst nach oben dem Verbands den Rücken gelehrt hatte usw. Wie aber dieser Eduard 2 1/2 Jahre lang auf dem Krankenlager siechte, wo war da das gnädige Lächeln seines Herrn? Wie viel Unterstützung hat der Unglückliche von „Oben“ bekommen? So viel wie gar nichts! Wenn es irgend ein Mittel gegeben hätte, das ihm die Wahrung seiner Kollegen und die Mitteltätigkeit beim U. B. wieder erwerben konnte, Herr Heil hätte alles daran gesetzt, es zu erlangen, er hätte, zur Erkenntnis gekommen, auf alle Gunst von oben gepiffen! — Beim Lesen des Schlusssatzes der Lohmannschen Rede: „Gott grüße und schütze die Kunst“ werden wohl alle Mainz Buchdrucker unwillkürlich an das viele Material denken, das ein gewisser Herr stets liefert. Wo ist denn die Kunst, wenn man wegen einer losen Schraube einen Monteur bestellen und den Maschinenmeister einer andern Druckerei herbeiholen muß? Wo, wenn man sich, trotz aller Feindschaft gegen leichtsinniges Gelbvergeben, viel billiger anbietet als ein anderer Kollege, der engagiert, erhalten soll? — Da sich 6 bis 8 Buchdrucker in Mainz befinden, die der Verband nicht will, so braucht man sich über die Auflösung der Jung-Typographia gar keine Sorgen zu machen: bedarf sie ja nur 5 Mann, um ewig bestehen zu können. Bloß soviel sei gesagt: der „Präsident“ soll nur ja nicht seinen Schnabel an den „lebenden Verbandsmitgliedern“, dem Corr. usw. wegen, sonst wird man ihm mit seiner Vergangenheit dienen, daß ihm Sehen und Hören vergeht!

Rundschau.

Im zweiten Vierteljahr 1892 wurden in Oesterreich 2247,50 fl. Reisegehalt und 44,15 fl. Remunerationen bezahlt. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder betrug 4219.

Presse und Literatur.

Der Redakteur der in Hamburg erscheinenden Gärtner-Zeitung (Gehilfsorgan) hatte sich den Zorn seines Kollegen von der Allgemeinen deutschen Gärtner-Zeitung (Prinzipalsorgan) in Berlin zugezogen und wurde von diesem wegen Beleidigung verklagt. Da es auch in dem Blatte des Klägers an Beleidigungen nicht fehlte, so erhob der Angeklagte Widerklage und der Gerichtshof hatte nun zu entscheiden, wer am stärksten aufgetragen habe. Das Urteil entschied zu ungunsten des Prinzipalsvertreters, dessen Grobheit die des Gehilfsvertreters bei weitem überwo; er wurde zu 100 Mk. Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt, der Gehilfsvertreter dagegen freigesprochen.

Verurteilt der Redakteur der Braunschweiger Landeszeitung zu 100 Mk. wegen Beleidigung der dortigen Dienstmänner; 60 derselben hatten Klage erhoben wegen eines Artikels, der in satirischer Weise Mißstände im Dienstmannswesen besprach. Der Redakteur der Westfälischen Freien Presse hat 100 Mk. zu zahlen wegen Beleidigung eines Betriebsführers einer Zeche, der Redakteur der Sächsischen Arbeiter-Zeitung 50 Mk. wegen Beleidigung eines Maschinenfabrikanten. Ein Bergwerksbesitzer wog in den Augen des Schöffengerichts in Zwickau sehr schwer, der Redakteur des Bergarbeiter-Organis Gluckauf wurde wegen Beleidigung desselben zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Vor einem der Berliner Schöffengerichte wurde der Einwand geltend gemacht, daß das Preßgesetz einen Schriftleiter nicht kenne, daß daher ein solcher nicht als Vertreter des betreffenden Blattes anzuerkennen sei. Der Gerichtshof verwarf aber diesen Einwand und erkannte den Schriftleiter als Redakteur an.

Eingegangen bei der Redaktion.

Neue Zeit (Stuttgart, J. H. B. Dießl Verlag) 46. Heft, enthält neben zwei Fortsetzungen: De Amicis und sein Sozialismus, von Adam Maurizio. Die Kontrollmarke als Kampfmittel, von Johannes Timm. Notizen. Feuilleton.

Heft 16 des Lieferungsverwerkes „Die deutsche Revolution, Geschichte der deutschen Bewegung von 1848 und 1849“ von Wilhelm Blos (Stuttgart, J. H. B. Dießl Verlag) gibt ein Bild der politischen Situation in Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn und besonders in Deutschland am Ende des Jahres 1848 und zu Anfang des Jahres 1849. Ferner schildert dasselbe den Staatsstreik in Oesterreich und die Stellungnahme der Ungarn zu dem Vorgehen der österreichischen Kamarilla. Als Anlagen zur Geschichte des Jahres 1848 gelangen vier historische Dokumente zum Abdruck. An Illustrationen enthält das Heft: Kossuth ruft das Volk auf, ferner die Porträts von

Joseph Mazzini, Julius von Haynau, Georg Klappa und Heinrich Dembinski.

Hervorbringung und Verteilung der Werte in der sozialistischen Gesellschaft. Von Julius Türl. Verlag von Fr. Meyer, Hamburg, 1892. Der Verf. kritisiert die einzelnen Phasen der kapitalistischen Produktionsweise und kommt zu dem Schlusse, daß die Gesellschaft die Betriebe jeder einzelnen Branche zu einer zentralisierten Genossenschaft zusammenschweißen müsse, deren Verwaltung den Bedarf für jedes Jahr feststellt. Er fragt: „Gesezt nun, diese Umwandlung wäre schon erfolgt, wie groß wäre dann bei der heutigen Zahl der Arbeiter Deutschlands und bei dem heutigen Umfange der Technik das Einkommen eines jeden Genossen?“ Diese Frage beantwortet der Verfasser ausführlich dahin, daß bei einer durchschnittlichen achtstündigen Arbeitszeit das Einkommen eines jeden Arbeiters sich auf 4200 Mk. jährlich stellen würde. — Das Buch (106 S.) kostet 1 Mk.

Industrie und Gewerbe.

In dem Jahresberichte der Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz, Striegau und Waldenburg ist eine bemerkenswerte Uebersicht über die Hausweberei im Culenengebiete enthalten. Wir entnehmen derselben nach dem Sozialpolitischen Zentralblatte die folgenden Ziffern: Hausweber wurden in 153 Ortschaften des Bezirks insgesamt 7658 ermittelt. Davon waren männlichen Geschlechts 4156, weiblichen 3502. Hauptort der Hausweberei ist der Kreis Reichenbach mit 2265 männlichen und 1515 weiblichen Hauswebern. Wenn wir von der Gesamtsumme der Hausweber 99 sogenannte Fabrikhandweber abziehen, d. h. Handweber, welche in Räumen des Unternehmers weben, so erhalten wir die Zahl der eigentlichen Hausweber: 7559. Hier von sind „Meister oder selbständige Weber“ 4342, „Gehilfen“, wozu auch die webenden Hauskinder über 14 Jahre — das Hilfspersonal unter 14 Jahren ist außer acht gelassen — und die mitwebenden Ehefrauen gerechnet werden, 3316. Die Stoffe, welche in der Hausweberei des Bezirks hergestellt werden, sind vorwiegend baumwollene Gewebe. Mit der Erzeugung derselben befassen sich 4279 Weber, mit der halbleinere Stoffe 1659, mit der leinere 1602, mit der halbwoollene 65, mit der wollene 53. Hauptort der Leinweberei ist der Kreis Waldenburg, in dem allein von jenen 1602 Leinwebern 1373 gezählt wurden; die übrigen verteilen sich ziemlich gleichmäßig. Die Zahl der Hausweber hat sich seit 1871 um rund 50 Proz. vermindert, während sich die Zahl der mechanischen Webstühle seit 1879 mehr als verdoppelt hat. Es findet somit ein allmählicher Uebergang der Haus- in die Fabrikindustrie statt und das ist nur erfreulich. Wenn auch die Verhältnisse in den Fabriken bekanntermaßen nicht die glänzendsten sind, so sind doch die der Hausweber mit ihrer ausgebildeten Selbständigkeit noch schlechtere, da sie auf Täuschung beruhen, indem der spärliche Lohn nur durch die rücksichtsloseste Ausnutzung von Weib und Kind erzielt wird. Das was der Fabrikant sich von dem Arbeitslohn aneignet, das stecken bei der Hausweberei der Zwischenhändler und der Kaufmann in die Tasche. Es bleibt daher den Arbeitern unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen keine andre Wahl, als von zwei Uebeln das kleinste zu nehmen.

Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft Sektion 4 baut in Halle a. S. ein Unfall-Kranken- und Genesungshaus für 75000 Mk.

Der Hofschneidmacher Köhler in Altenburg setzte die Löhne seiner Arbeiter um 15 bis 50 Proz. herab.

Es wurde über diese „billige“ Werkstatz die Sperre verhängt. In der Brauerei Thier & Co. in Dortmund erzielten die Gehilfen durch eintägige Arbeitseinstellung eine Vertüzung der Arbeitszeit und die Festsetzung eines Minimallohnes auf 105 Mk. monatlich.

Vereine, Kassen usw.

Der Zentralverband der Maurer hatte im ersten Geschäftsjahr 13515 Mitglieder in 156 Orten und vereinnahmte in der Hauptkasse 64369,87 Mk., welche bis auf 25704,09 Mk. verausgabte wurden. Unter den Ausgaben befinden sich 5230 Mk. Verwaltungskosten, 18381,60 Mk. für das Fachorgan, 3000 Mk. für den Generalbevollmächtigten, 4998,50 Mk. für Druckkosten, 1024,25 Mk. Quartalsbeitrag für die Generalkommission usw.

In Frankreich hat am 23. Juni der oberste Gerichtshof eine oftmals strittige Frage, die für Arbeitergewerkschaften und Arbeitgeber von maßgebender Wichtigkeit ist, endgültig entschieden. Vor einigen Monaten verwarf das Appellationsgericht in Nancy das gegenteilige Erkenntnis des Gerichts in Charleville und erklärte, daß ein Arbeitgeber, dem mit Arbeitsniederlegung gedroht wird, wenn er einen aus der Gewerkschaft geschiedenen Arbeiter nicht entlassen will, das Recht habe, gegen diese Gewerkschaft, deren Leitung ihn so einzuschüchtern oder zu schädigen versucht habe, auf Schadenersatz klagen zu werden. Einige Zeit später befand das Gericht in Grenoble die entgegengesetzte Meinung: solche Androhung könne dem Arbeitgeber nimmermehr Nachteil bringen und überschreite auch nicht die Rechte einer Gewerkschaft. Infolge eingelegter Berufung hob der oberste Gerichtshof dieses Urteil auf und bestätigte das Erkenntnis der Richter in Nancy.

Arbeiterbewegung.

Die Zeitschrift Der Töpfer warnt vor Zuzug nach den Hennigsdorfer Werken, wo 75 Töpfer wegen Lohnunterschieden gekündigt, ferner befinden sich die Töpfer in Harburg, Nürnberg (Kittlers Ofenfabrik) und Bielefeld bei D. Kühle in Differenzen mit ihren Meistern. In Chemnitz sind die Steinmeger mit den Unternehmern in Differenzen geraten.

In Gothenburg, Schweden, suchen die Maurermeister nach billigen Arbeitskräften und glauben diese in Deutschland zu finden; dergleichen einige Glasfabriken in Verona und Savona in Italien.

Aus Esseg in Slavonien werden umfangreiche Streiks von Feldarbeitern gemeldet.

Verstärkendes.

Nach der Deutschen Böttcher-Zeitung schwankt der Stundenlohn der Böttcher zwischen 10²/₃ (in Lage) und 45 Pf. (in Berlin und Hamburg), der Wochenlohn zwischen 7 und 27 Mk. In Lage müssen danach ja ganz außerordentlich billige Lebensverhältnisse herrschen, wenn so ein Siebenmärker noch „leben“ kann.

Briefkasten.

W. in Düsseldorf: Nicht mehr vorhanden. — v. L. in Ferk. a. M.: 1,10 Mk. — Th. in Friedland: Senden Sie die 60 Pf. per Anweisung, kostet nur 10 Pf. mehr als Brief, Marken können wir nicht gebrauchen. — Für die Leipziger Ausgesperrten vom Johannisfest der Saalfelder und Rudolstädter Kollegen erhalten und abgeführt 10 Mk. — Der Sezer Oswald Senft aus Friedland i. B. wird um Angabe seiner Adresse ersucht. — S. in Esseg: Kein Bericht eingegangen. — W. & S. in Dresden: Inserat abgelehnt.

Vereinsnachrichten.

Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker.

Gau Dresden. Resultat der Gauvorstandswahl: Eingegangen 553 Stimmzettel, davon ungültig 32, bleiben 521 gültige Stimmen. Es erhielten als Gauvorsteher E. Kämpfe 366, S. Wendische 116, die übrigen zerplittert. Als Stellvertreter M. Golbs 410, Th. Liebcher 96, die übrigen zerplittert. Somit gewählt E. Kämpfe als Gauvorsteher, M. Golbs als Stellvertreter. Briefe sind von jetzt ab an erstern, Vorjüngstraße 27, IV, zu richten.

Freiburg i. Br. In der Bezirksversammlung vom 6. d. M. sind in den Gauvorstand wieder resp. neugewählt worden: Als Schriftführer Karl Ebbe, als Vorsteher-Stellvertreter Matthias Reichenbach, als Beisitzer Sidor Hoch und Val. Klepper, als Reifeffasse-Verwalter Paul Knoblich. Briefe sind wie bisher an den Vorsteher Albert Herzog, Karastr. 51, Gelber an den Kassierer Rudolf Goldschagg, Laubersche Druckerlei, zu senden.

Kiel. In der außerordentlichen Generalversammlung vom 31. Juli wurde als Vertrauensmann Ludwig Penkel, Brunsbüttelstr. 30, gewählt.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zuzufenden):

In Frankfurt a. M. die Sezer Karl Bayerböcker, geb. in Homburg v. d. S. 1862, ausgel. das. 1880; Heinrich Knörzer, geb. in Fränkisch-Krumbach (Hessen) 1859, ausgel. in Darmstadt 1877; waren schon Mitglieder. — C. Dominé, Wielandstraße 2, II.

In Langenberg der Sezer Max Müller, geb. in Lichtenstein 1874, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied. — Ewald Müller in Barmen, Oberböhrnerstraße 69.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Gesetzmünde. Dem Sezer Karl Gehrt aus Romberg ging auf der Tour nach Hamburg seine Reiselegitimation verloren. Dieselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

Mainz. Die Herren Vereinsfunktionäre (Bezirkskassierer und Reifeffasse-Verwalter) werden gebeten, bei event. Vorzeigung des Duittungsbuch des S. (?) Joh. Dav. Frischmann aus Erlangen gest. umgehend dem Unterzeichneten einsenden zu wollen. Ludwig Jost, Gautassierer, Heiliggrabgasse 5.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse. (C. S.)

Berlin. Die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse, Verwaltungsstelle Berlin, werden hierdurch benachrichtigt, daß die Stimmzettel zur Urabstimmung betreffs Auflösung der Kasse im Vereinsbureau, Oranienstr. 126, II., in Empfang genommen werden können.

Elßaß-Lothringischer Unterstützungsverein.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Colmar die Sezer 1. Franz Christ, geb. 1874, ausgel. in Straßburg 1892; 2. Joseph Hüffliger, geb. 1875, ausgel. in Mülhausen 1892. — A. Birghoffer, Krautenau 3.

Dreizehntelre Seite 25 Pl. Angebote und Gesuche von Stellen sowie Veranmlungs-Anzeigen die Seite 10 Pl.

Anzeigen.

Belegnummern 5 Pl. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarkt beizufügen.

Günstig für Anfänger.

Eine Buchdruckerei mit zwei Masch. usw. soll geteilt verkauft werden. Material neu und reichlich; Verkaufsbedingungen günstig. Geschäft kann im Orte (Prov. Brandenburg) weiter betrieben werden event. würden zwei Plätze zum Etablieren nachgewiesen. Off. unter X. X. 931 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Maschinenband, Filze, Waschlauge, Reinigungspasta, Schmieröle, Walzenmasse empfiehlt
Gutenberg-Haus Franz Franke
BERLIN W, Mauerstrasse 33.

Lüchtiger Schweizerdegen

(S.-M.), selbst. Arbeiter, nicht unter 20 Jahre alt, wird zum 22. d. M. event. 8 Tage später gesucht. Off. an Herrn Köhlers Buchdruckerei, Halle a. S., Große Steinstraße 15. [930]

2 Pf.
pro Quadratcent., mindestens jedoch 40 Pf. pro Stück kosten Galvanos nach einzusendenden Originalen; Lieferung jedes Quantum in kürzester Frist.

3 Pf.
pro Quadratcentim. kosten Stereotypplatten; dieselben auf Holzfuß montiert 5 Pf. pro Quadratzoll.
Wilh. Riem, Berlin SW, Ritterstr. 75.
Stereotypie, galvanopl. Anstalt. — Etabliert 1879.

Der kostenlose Konditions-Nachweis
des Maschinenmeister-Vereins Berliner Buchdrucker befindet sich zur Zeit in Händen des Herrn Wils. Timm, Ritterstraße 41, Quergeb., Buchdruckerei, Berlin SW.

Junger, tüchtiger
Werf- und Zeitungsetzer
sucht sofort oder zum 28. August Kondition. Offerten erbeten an Aug. Gieseler, Mülhhausen i. Thür., Guldene Ede 2. [933]

Am 13. August verschied unser treuer und braver Kollege der Schriftgiesser
Eduard Seidel
im noch nicht vollendeten 54. Lebensjahre. Sein ehrlicher und biederer Charakter sowie sein selbstloses Wirken für seine Kollegen und Mitarbeiter werden ihm ein bleibendes Andenken bewahren. Ruhe sanft. [929]
Leipzig, den 14. August 1892.
Das Personal der Schriftgiesserei C. Kloberg.

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen:
Sehn Wochen Krieg oder Der deutsche Buchdruckerfreit 1891/92.
Jahrb. Erinnerungsschrift von A. Weis. 25 Pf.
Die Wortreihen des Buchdruckers. Von W. Heg. Bint. 1 Mk.